

POSTEINGANG

Zum Bericht „Auf der Suche“ über ausländische Fachkräfte, FTD.de vom 4. April

Fähige Deutsche

Ich kann die Argumente der deutschen Industrievertreter immer weniger nachvollziehen. Ich arbeite seit über zehn Jahren im Ausland (Indien, Nepal, Taiwan) und habe selbst eine Firma in Malaysia. Wir haben in allen Führungsbereichen ausländische, sprich europäische, Mitarbeiter eingestellt.

Ihre viel gepriesenen ausländischen Experten haben alle einen Lebenslauf, bei dem man den Eindruck bekommt, man ist ein Idiot, aber die tägliche Praxis sieht ganz anders aus. Deutschland wurde zu einer Industrie- und Forschungsnation durch deutsche Mitarbeiter und Unternehmer, nicht durch Ausländer. Zur Zeit ist es Mode bei unseren sogenannten Leistungsträgern, über alles zu jammern.

Wolf Noleppa, Kuching

Weiterbildung vernachlässigt

Es ist seitens der Wirtschaft einfach zu fordern, dem Fachkräftemangel durch Import zu begegnen. Angesichts der noch immer viel zu hohen Arbeitslosigkeit kann ich nicht glauben, dass das die Lösung sein kann. Vielmehr gibt es eine Verantwortung der Unternehmen. Bewerber müssen immer alles können und dürfen nichts kosten. In vielen Unternehmen wird die Weiterbildung von Mitarbeitern als reiner Kostenfaktor gesehen. Ein erheblicher Teil der Wirtschaft gibt mehr Geld für Berater aus als für die Qualifikation der eigenen Mitarbeiter.

Frank Schindler, Bad Honnef

Zum Bericht „Bank überfalscht, sofort geben Geld oder schisen“ über die Umbenennung der Karstadt-Holding in „Arcandor“, FTD.de vom 30. März

Peinliche Mode

Halseisen, Joch, drückende Last, Pranger aus Gold. Das assoziiert man jedenfalls, wenn man französisch denkt und einem „carcan d'or“ in den Sinn kommt. Auf Italienisch und Spanisch steht „arcano“ für „geheim“ und hat eher wenig mit Zuverlässigkeit zu tun.

Ich kaufe ein „A“, ich kaufe ein „O“, ich bin wichtig, das macht mich froh? Eine peinliche Mode, noch vor wenigen Jahren wäre man genauso stolz auf „KarstadtQuelle 24“ gewesen. Was kann man dazu noch sagen, außer dass Kaufhof „Galeria“ heißen möchte. (Italienisch/Spanisch bedeutet „galera“ Gefangenschiff oder Knast). Die Chancen stehen wieder gleich: Goldzwinge gegen Galere.

Gerold Achim Adamietz, Berlin

Zum Bericht „Aus DBA wird Air Berlin“, FTD vom 19. März

Imageverlust

Der Erfolg der DBA beruht nicht nur auf dem Service und den Preisen, sondern auch darauf, dass die Lufthansa wegen des Preises und Air Berlin wegen des Rufes als Billigflieger gemieden wurden. Wer mit DBA zu Geschäftsreisen flog, war ein strebsamer Geschäftsmann. Anders haben viele Leute Air Berlin in Erinnerung: als Ferienflieger. Business und Mallorca, das zierte nicht. Hoffentlich macht Air Berlin nicht den gleichen Fehler wie Condor oder Hapagfly, die nach dem Rebranding feststellten, dass viele nur aufgrund des Namens die Airline gewählt hatten.

Christopher Merl, Zeiltra

Zum Weekend-Artikel „Die Erde ist eine Scheibe“ über Irrtümer, FTD vom 16. März

Goethe baute vor

Mit viel Freude habe ich den Artikel gelesen. Eine kleine Anmerkung zur Ehrenrettung Goethes möchte ich Ihnen doch mitteilen. Wenn gleich er sich bei der Beschaffenheit der Erde geirrt hat, so hat er auch die Erkenntnis des Artikels bereits in Worte gekleidet: „Wenn dir's im Kopf und Herzen schwirrt, was willst du Besseres haben! Wer nicht mehr liebt und nicht mehr irrt, der lasse sich begraben“ (Johann Wolfgang von Goethe). Sie sehen, er hat vorgebaut (sicherlich auch für seine Irrtümer) und mit der Verbindung von Kopf und Herz das Thema liebevoll abgerundet.

Dr. Gerd H. Meyer, Kerpen

Zum Bericht „Urteil bedroht die Etats von Bund und Ländern“ zur Dividendenbesteuerung, FTD vom 7. März

Arroganz und Sorglosigkeit

Nicht das EuGH-Urteil bedroht die Etats von Bund und Ländern. Es ist die rechtswidrige Vorgehensweise des Gesetzgebers, die durch das Urteil nun eine Korrektur erfährt. Die Bedrohung liegt in der Sorglosigkeit und Arroganz, mit welcher der Gesetzgeber vorging und offensichtlich keinerlei Vorkehrungen für das zu erwartende Urteil traf.

Heinz J. Sehr, Anwaltskanzlei Sehr & Partner, Duisburg

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

ZITAT DES TAGES

„Es geht um die Bündnisfähigkeit unseres Landes“

Reinhard Silberberg, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, bei der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zum Tornado-Einsatz in Afghanistan, gegen den die Linkspartei geklagt hat

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Chefredakteur: Steffen Klusmann
Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel

Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold
Chefin vom Dienst: Cosima Jäckel
Art Director: Nils Werner
Bildchef: Peter Raffelt
Infografikchef: Andreas Mohrmann

Nachrichtenchef: Sven Clausen

Ressort Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortl.), Jörn Paterak (Stv.); Matthias Lambrecht (IT und Medien), Claus Gorgs (Industrie und Dienstleistungen)
Ressort Politik: Andreas Theyssen (verantwortl.), Peter Ehrlich (Chefkorrespondent); Ulrike Sosalla (Deutsche Politik); Olaf Gersenmann (Ausland); Wolfgang Proissl (Europapolitik)
Ressort Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (verantwortl.); Mark Schieritz (Märkte); Jörg Berens (Das Kapital)
Ressort Agenda und Weekend: Dr. Nikolaus Förster (verantwortl.); Christian Baulig (Stv.), Horst von Buttlar (Agenda), Christian Schütte (Kommentar), David Schumacher (Weekend)
Ressort Electronic Media: Dr. Anton Notz (verantwortl.); Dirk Benninghoff (Online-Nachrichtentechnik)

Chefkolumnist: Thomas Fricke
Kolumnist: Lucas Zeise
Beilagen: Volker Bormann

Lektorat: Astrid Froese
Übersetzungen: Matthias Schulz

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co KG
Geschäftsführer: Christoph Rühl
Anzeigeleiter: Mario Suchert (verantwortl.)
Leiter Vertrieb und Marketing: Thomas Frenzel
Verlagsleiterin Editionen: Julia Erben
Leiterin Marketing: Tanja Madsen
Leiterin PR: Susanne Petersen

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Arne Stück, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

Abobestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84*
* € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Abopreise Island (inkl. MwSt.): € 35 pro Monat, € 403,20 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer

Beschneigung: € 17,50 pro Monat, € 201,60 pro Jahr. Die FTD erscheint bösartig montags bis freitags.

Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-278, Fax: -214
E-Mail: media@ftd.de
Anzeigen-/Druckerlagenschluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49) 40-319 90-202

Verlag und Redaktion Hamburg: Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310
Redaktion Frankfurt: Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main
Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50
Redaktion Berlin: Friedrichstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/31990-550, wochentl. 10-13/14-17 Uhr, leser.service@ftd.de

www.ftd.de ISSN 1615-4118

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BZV Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M

Auf der Kippe

Die Erbschaftsteuer wird fallen, wenn die Koalition sich nicht auf eine Reformlinie verständigen kann. Eine gleichmäßige Belastung aller Vermögenswerte bei niedrigen Sätzen wäre die beste Lösung **VON JOHANNA HEY**

Die Zukunft der Erbschaftsteuer bleibt offen. Michael Meister, der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, hat jüngst für ihre Abschaffung plädiert. Der Koalitionsausschuss hat dies abgelehnt. Nach dem Erbschaftsteuerbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7. 11. 2006 muss der Gesetzgeber jedoch die als gleichheitsatzwidrig beanstandeten Bewertungsvorschriften bis Ende 2008 reformieren. Andernfalls tritt die Erbschaftsteuer außer Kraft.

Bleibt der Gesetzgeber untätig, ereilt die Erbschaftsteuer dasselbe Schicksal wie die Vermögensteuer, die seit 1997 nicht mehr erhoben werden darf, weil keine politische Einigung auf eine verfassungskonforme Bewertung möglich war.

Die Zukunft der Erbschaftsteuer hängt damit ganz wesentlich davon ab, ob die Große Koalition sich auf eine Linie einigen kann. Die Positionen liegen sehr weit auseinander: Teile der SPD fordern, die Beseitigung der vom Verfassungsgericht beanstandeten Unterbewertung von Immobilien und Betriebsvermögen zu nutzen, um das Erbschaftsteueraufkommen zu erhöhen. Kein Wunder, dass die Forderung nach Abschaffung der Erbschaftsteuer hier auf scharfe Ablehnung stößt.

Zwischen Abschaffung und Ausbau liegt der aus Kreisen der CDU vorgebrachte Vorschlag, auf sämtliche Ausnahmetatbestände zu verzichten und im Gegenzug den Steuersatz auf vier bis acht Prozent zu senken. Und schließlich steht auch noch der Regierungsentwurf des Unternehmensnachfolgeer-

leichterungsgesetzes zur Disposition: Danach soll die Erbschaftsteuer für produktives Betriebsvermögen gestundet und bei Unternehmensfortführung über einen Zeitraum von zehn Jahren vollständig erlassen werden. Dies läuft auf eine De-facto-Abschaffung der Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen hinaus, wenn es dem Erben gelingt, sämtliche Voraussetzungen der Begünstigung zu erfüllen.

Das Verfassungsgericht hat den Gesetzgeber nur aufgefordert, der Erbschaftsteuer eine einheitliche

Heute führt die Erbschaftsteuer zu einer Art „Sandwichbesteuerung“

Bewertung am Maßstab des Verkehrswerts zugrunde zu legen. Das ist aber einfacher gesagt als getan. Den einzig richtigen, objektiv feststellbaren Wert eines Wirtschaftsguts gibt es nicht. Ohne Markttransaktion sind allenfalls Näherungswerte zu bestimmen. So erkennt auch das Verfassungsgericht, dass es bei Grundstücken nur um eine Annäherung an das Marktpreisniveau geht. Noch schwieriger ist die Ermittlung von Verkehrswerten für Unternehmen. Der Gesetzgeber muss jetzt ein Verfahren entwickeln, das zu realitätsgerechten Werten führt. Dabei sind sowohl Unter- als auch Überbewertungen zu vermeiden. Zugleich darf der Verwaltungsaufwand eines derartigen Bewertungsverfahrens nicht außer Verhältnis zum Steuerertrag stehen. Es kann durchaus sein, dass der Gesetzgeber bereits an dieser Hürde scheitert.

Ob er die Herausforderung aber überhaupt annimmt, hängt von

der Grundfrage ab, ob Deutschland anderen EU-Staaten wie etwa Portugal, Italien oder Schweden nacheifern und in Zukunft ganz auf die Erhebung der Erbschaftsteuer verzichten soll.

Eine Steuervereinfachung wäre dies ohne Frage. Aber lässt sich die Abschaffung rechtfertigen? Steuersystematisch ergänzt die Erbschaftsteuer die Einkommensteuer, indem sie die Bereicherung des Erben erfasst. Zwar ist das Vermögen in der Regel beim Erblasser der Einkommensteuer unterworfen worden. Trotzdem geht der Vorwurf der Doppelbesteuerung fehl, denn die Erbschaftsteuer ist keine Steuer auf den Nachlass des Erblassers, sondern auf den Vermögensanfall beim Erben. Verfassungs-

rechtlich verpflichtet ist der Gesetzgeber indessen nicht, eine Erbschaftsteuer zu erheben. Seine Gestaltungsfreiheit würde auch die völlige Abschaffung decken.

Bereits heute führt die Erbschaftsteuer zu einer Art „Sandwichbesteuerung“. Kleine bis durchschnittliche Erbschaften bleiben aufgrund der niedrigen Bewertung und der persönlichen Freibeträge steuerfrei. Inhaber großer Vermögen sind in der Lage, sich der Erbschaftsteuer durch internationale Erbschaftsteuerplanung (legal) zu entziehen. Belastet werden so vor allem mittelgroße Erbschaften und immobile Vermögenswerte. Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber darüber hinaus eine Steilvorlage für die Ein-

führung zusätzlicher Begünstigungstatbestände gegeben: Ausgehend von einer gleichmäßigen Bewertung sollen auf einer zweiten Stufe Steuererleichterungen zulässig sein, etwa um die Unternehmensnachfolge oder die Bildung von Immobilienbesitz zu fördern. Sollte der Gesetzgeber dieser Einladung zur Begünstigung einzelner Vermögensarten folgen, wäre es in der Tat besser, er würde die Erbschaftsteuer insgesamt abschaffen. Denn abgesehen davon, dass jede Steuervergünstigung mit komplizierten Abgrenzungsfragen verbunden ist, würde eine noch weitergehende Durchlöcherung der Erbschaftsteuer der Heranziehung der verbleibenden Erbschaftsteuerzahler endgültig die Legitimation entziehen.

Im Interesse der Ausgewogenheit des Gesamtsteuersystems sollte die Erbschaftsteuer dennoch beibehalten werden. Dass große Vermögen der Erbschaftsteuer durch Verlagerung ins Ausland ausweichen, lässt sich nicht verhindern. Der Gesetzgeber hat es aber sehr wohl in der Hand, durch eine gleichmäßige Belastung aller Erbschaften unter Verzicht auf vermögensspezifische Vergünstigungen, dafür aber mit deutlich niedrigeren Steuersätzen, für größere Akzeptanz der Erbschaftsteuer zu sorgen. Die Abschaffung der Erbschaftsteuer wäre dagegen ein weiterer Schritt in Richtung der Verlagerung der Steuerlast auf einige wenige indirekte Steuern.

JOHANNA HEY ist Direktorin des Instituts für Steuerrecht an der Universität zu Köln.

Der Zauber des T-Worts

Barack Obama wird zum Favoriten für die Wahl 2008. Er verkörpert die Hoffnung auf ein anderes Amerika



THOMAS KLAU

Ein politisches Wunder ist geschehen: Barack Obama, der afroamerikanische Senator und Präsidentschaftsbewerber, hat beim Spendsammeln im ersten Quartal mehr Geld gesammelt als seine Konkurrentin Hillary Clinton.

Um das Ausmaß dieses Mirakels voll zu begreifen, muss man wissen: Dank der Verbindungen ihres Mannes, Ex-Präsident Bill Clinton, und dank eigener eiserner Effizienz verfügt die Senatorin über eines der besten Wahlkampfteams, die je einen Präsidentschaftsaspanten umgeben haben. Mrs C. versteigert ihre Anwesenheit, ihr Lächeln und ihren Händedruck effizienter als fast jeder andere Politiker.

Gegen diese Generalin der Politik und ihre Hopflitenformation hat sich nun in der ersten Runde des Nominierungswahlkampfes ein Mann durchgesetzt, der vor Kurzem noch als Novize galt. Obama ist es gelungen, einen Teil des demokratischen Establishments auf seine Seite zu ziehen. Und ähnlich wie der frühere Präsidentschaftsbewerber Howard Dean 2004 hat er eine große Anzahl kleiner Geldgeber für sich begeistern können. Obama verkörpert einen Elan, gegen den Clintons Wahlkampf „überproduziert und zu stark gescriptet“ wirkt, wie Maureen Dowd, die Kolumnistin der „New York Times“, geschrieben hat.

Hoffnung wie bei Reagan und Kennedy

Doch auch Dean war Hoffnungsträger und blieb es nicht. Neun Monate vor den ersten und entscheidenden Vorwahlkämpfen ist es viel zu früh, einen Sieger auszurufen. Es hat sich nur bestätigt, dass die Demokraten im siebten Jahr des Bush-Desasters so mobilisiert sind wie seit Langem nicht mehr; dass den Republikanern ein überzeugender Frontrunner fehlt; und dass Obama womöglich das Potenzial hat, für die Demokraten und einen großen Teil Amerikas zu einem Hoffnungsträger zu werden wie vor ihm nur Ronald Reagan und John F. Kennedy.

Es kursiert in Kreisen der Demokraten ein oft nur geflüstertes Wort, das von Hillarys Leuten anfangs mit Spott bedacht wurde und allmählich gefürchtet wird. Eine Obama-Präsident-

schaft wäre „transformational“ heißt es, würde Amerika also in wesentlicher Weise berühren und verändern. Das würde, meinen vor allem Amerikas Frauen, ein erster Präsident weiblichen Geschlechts zwar auch. Doch das Menschheitstrauma des Patriarchats berührt Amerika weniger tief als die noch immer eiternde Wunde der Entrechtung der schwarzen Minderheit durch die weiße Mehrheit der USA.

Als Europäer, der in der Amtszeit der schwarzen Außenministerin Condoleezza Rice nach Amerika kam, war ich nicht auf das Ausmaß der Bitterkeit gefasst, die heute noch in der amerikanischen Gesellschaft beim Thema Rasse hochschäumen kann. Da ist ein landesweit berühmter weißer Rundfunkmoderator, der ein Universitätsteam schwarzer Basketballspielerinnen während der Morgensendung als „kraushaarige Huren“ bezeichnet, wobei man wissen muss, dass „Kraushaar“ in den USA ein Wort ohne freundlichen Beigeschmack ist. Gewiss, Don Imus wurde nach einigen Tagen gefeuert, hat

Mantel der Solidarität schwarzer Brüder und Schwestern. Er wird von der respektablen Presse und Öffentlichkeit nicht thematisiert – auch dann nicht, wenn er die übelsten Entgleisungen fördert oder verschuldet.

Schwarzer Rassenhass

Ein Jahr lang waren drei junge Studenten der teuren Duke University in Durham in North Carolina einer üblen medialen Hetzjagd ausgesetzt, weil eine Stripperin sie beschuldigte, sie während einer trunkenen Sportteam-Party vergewaltigt zu haben. Die Studenten waren weiß und aus begütertem Hause; der Sport war Lacrosse, ein Oberschichtzeitvertreib. Die Stripperin war arm, schwarz und dazu noch Studentin, Veteranin und ledige Mutter. Ein Staatsanwalt kurz vor der Wiederwahl in einem Bezirk mit vielen afroamerikanischen Bürgern unterdrückte Entlastungsbeweise und beschimpfte die Angeklagten öffentlich. Namhafte schwarze Bürgerrechtler, Organisationen, Zeitungen und viele afroamerikanische Studenten der anderen Universität in Durham nahmen für die Stripperin Partei. Ein großer Teil der amerikanischen Presse erklärte den Fall für symptomatisch für die Exzesse der weißen Oberschicht.

Die drei waren, wie vor wenigen Tagen endgültig festgestellt wurde, vollkommen unschuldig. Über das Versagen des Staatsanwalts wurde viel und das der Medien ein wenig diskutiert. Die hysterische, in einigen Fällen rassistisch gefärbte Parteinahme vieler schwarzer Bürgerrechtsaktivisten gegen die drei jungen Männer ist bis heute kaum ein Thema: Das Eisen des schwarzen Rassenhasses ist für respektable Medien viel zu heiß und wird allenfalls bei der Kritik der Hip-Hop-Kultur gestreift.

Obamas Erfolg ist nicht die einzige Entwicklung, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft macht. Die Zahl der schwarz-weißen Ehen steigt. Das tiefe Bedürfnis der amerikanischen Gesellschaft nach Überwindung ihres größten Traumas ist überall zu spüren. Auch Obama würde seine Wahl zum Präsidenten in hohem Maße dieser Sehnsucht verdanken. Wenn er ins Weiße Haus einzöge, wäre eine afroamerikanische Familie die erste des Landes und eine Tochter des Gettos aus Chicago die First Lady der USA. Das Wort „transformational“ – es kursiert bei den Demokraten zu Recht.

E-MAIL klau.thomas@ftd.de

THOMAS KLAU ist FTD-Korrespondent in Washington. Er schreibt jeden zweiten Donnerstag an dieser Stelle.